

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 20. Sitzung des Ausländerbeirates (AB/020/2012)

am Dienstag, 24. April 2012,

17:00 Uhr

**im Ortsamt Altstadt, 3. Etage, Raum 339,
Theaterstraße 11, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

17:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Marc Lalonde

CDU-Fraktion

Angelika Malberg
Dr. Helfried Reuther
Silke Schöps

Fraktion DIE LINKE.

Andreas Naumann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Elke Zimmermann

FDP-Fraktion

Jens-Uwe Zastrow

ausländische Mitglieder

Emiliano Chaimite
Ana Contreras
Thanh An Hoang
German Levenfus
Dr. Asad Mamedow
Yujie Yao

Stellvertretende Mitglieder

Sabine Friedel
Jens Matthis

Vertretung für Herrn Richard Kaniewski
Vertretung für Herrn Hans-Jürgen Muskulus

Abwesend:

Fraktion DIE LINKE.

Hans-Jürgen Muskulus

SPD-Fraktion

Richard Kaniewski

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer

ausländische Mitglieder

Prof. Anthony Arie Hyman
Metin Özbingöl
Dr. Yuriy Tsoglin
Mikhail Zakarov

Verwaltung:

Frau Zschöckner
Frau Dr. Kruse

GB 7 ALin Sozialamt
Integr. und Ausländerbeauftragte

Gäste:

Herr Wolf
Frau Osten
Frau Fehst
Frau Pavelkova
Herr Schmidt

Gemeindedolmetscherdienst
)
)“Save me“
)
)

Schriftführerin:

Ines Richter

T A G E S O R D N U N G

Nicht öffentlich

- | | | |
|----------|---|------------------------------|
| 1 | Sprachkurse für Zuwanderer | A0561/12
beratend |
| 2 | Heim-TÜV des Sächsischen Ausländerbeauftragten - Anregungen umsetzen | A0574/12
beratend |
| 3 | "Save me" über die Bildung einer Arbeitsgruppe nach der Stadtratsentscheidung | |
| 4 | Vorschläge für den Bericht zur Fortschreibung des Integrationskonzeptes | |

Öffentlich

- | | | |
|----------|---------------------------|--|
| 5 | Gemeindedolmetscherdienst | |
| 6 | Auswertung BIZ | |
| 7 | Informationen/Sonstiges | |

öffentlich

Einleitung:

Herr **Lalonde** eröffnet die 20. Sitzung des Ausländerbeirates und begrüßt die Mitglieder des Gremiums sowie die Vertreter der Verwaltung. Die Einladung wurde fristgerecht versandt. Das Gremium ist beschlussfähig.

Herr Lalonde stellt fest, dass die Vertreter der einreichenden Fraktion für die Anträge der Tagesordnungspunkte 1 und 2 noch nicht anwesend sind. Deshalb meint er, zunächst den Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln.

Hierzu stellt Herr **StR Dr. Reuther** klar, dass die Änderung der Tagesordnung einer Abstimmung im Gremium bedürfe. Zudem sei es Praxis, dass die Anträge bei Zuspätkommen der Einreicher auch ohne Vorstellung diskutiert und abgestimmt werden. Er lehne deshalb die Änderung der Tagesordnung ab.

Der Kritik folgend bringt Herr **Lalonde** die Änderung der Tagesordnung: Behandlung von TOP 4 und folgend die TOP's 1,2 und 3, zur Abstimmung im Beirat. Mit einem Abstimmungsergebnis von 8/3/0 wird der Änderung zugestimmt.

Herr **Dr. Mamedow** dankt für die Organisation der Mitgliederversammlung des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates in Dresden im März diesen Jahres und bezeichnet die Veranstaltung als sehr gelungen. Darüber hinaus gratuliert er Herrn Lalonde zu seiner Wahl in den Vorstand des BIZ.

Der öffentliche Teil der Sitzung beginnt mit der Beratung zum Tagesordnungspunkt 5.

5 Gemeindedolmetscherdienst

Herr **Wolf** -Gemeindedolmetscherdienst - referiert über die Arbeit des Gemeindedolmetscherdienstes für Dresden und das Umland (GDM). Der GDM ist dem Dresdner Verein für Soziale Integration von Ausländern und Aussiedlern e. V. angegliedert.

Die Idee für den GDM stamme aus den 90-er Jahren und im Jahre 2004 sei dann als Bestandteil des Integrationskonzeptes Dresden der GDM geschaffen worden. Nach der in 03/2006 durchgeführten Studie sei ab 07/2006 der Aufbau des Gemeindedolmetscherdienstes begonnen worden. Aktuell laufe die Projektphase BAMF (09/2009 bis 08/2012).

Da die Beziehungen zwischen Zuwanderern und Einrichtungen des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens oft geprägt seien von Verständigungsproblemen auf verbaler und kulturell/religiöser Ebene sei der GDM unverzichtbar, betont Herr Wolf.

Die Gemeindedolmetscher seien Muttersprachler, welche zu Experten für soziale Kommunikation ausgebildet wurden und geschulte Sprachmittler und Kulturmittler sind. Die Gemeindedolmetscher haben den Vorteil eines hohen religiös/kulturellen Verständnisses für ihre Landsleute und sind darüber hinaus noch Wissensträger in ihren Einsatzgebieten. Alle Gemeindedolmetscher seien ehrenamtlich tätig.

Herr Wolf stellt heraus, dass es Qualifizierungsprogramme gäbe und dabei der Schwerpunkt auf dem Kommunikationstraining sowie den Dolmetschertechniken liege. Er erläutert einen Auszug aus dem Schulungsprogramm. Jeder Gemeindedolmetscher müsse acht Seminare zur Fortbildung im Jahr besuchen, nur so bleibe die Zertifizierung erhalten. Über 25 Sprach- und Kulturräume würden abgedeckt und neben der Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit liege auch ein Schwerpunkt der Arbeit im Gesundheitswesen.

Seit dem Jahr 2010 sei ein enormer Zuwachs an Einsätzen zu verzeichnen. Die Öffentlichkeitsarbeit werde forciert. Herr Wolf führt weiter aus, dass neben dem Kulturmittler und den Übersetzungen der Gemeindedolmetscherdienst Partner für den Verein sein solle und sozialpädagogische Kompetenzen würden entwickelt. Der GDM biete ein Unterstützungsangebot für Asylbewerber an. Dabei sind die Erstgespräche sehr wichtig.

Auf die Nachfrage von Frau StRin Zimmermann eingehend bestätigt er nochmals, dass die Ehrenamtler ohne Entschädigung tätig sind. Für den eigentlichen Einsatz gäbe es eine Aufwandsentschädigung von 7,50 EUR/Std.

Weiterführend teilt Herr Wolf mit, dass nach August 2012 die Projektförderung nach BAMF ende, aber Gespräche mit dem Freistaat und dem Sozialamt der Stadt laufen bereits. Zunächst sei die Finanzierung des Projektes bis Dezember 2012 gesichert sei. Die Anträge für das Jahr 2013 sind beim Land und der Stadt gestellt.

In Beantwortung der Frage von Frau StRin Friedel informiert er, dass er sich in Teilzeit und eine weitere Mitarbeiterin für 20 Stunden im Monat für 40 KollegInnen des GDM verantwortlich zeichnen, deren Arbeit zu koordinieren. Eine Aufstockung der Stundenzahl pro Monat sei angedacht. Über drei Jahre haben 150 TEUR für die Arbeit zur Verfügung gestanden, die Aufträge tragen sich selbst.

Für Frau **Contreras** sei von Interesse, ob die Ausbildung der Gemeindedolmetscher auch außerhalb von Dresden anerkannt werde.

Hierzu stellt Herr **Wolf** klar, dass dies nicht der Fall sei, es handle sich um keine Berufsausbildung sondern um eine Weiterbildung. Hinsichtlich Haftung konstatiert Herr Wolf, dass gehaftet werde, wenn wissentlich fahrlässig Unwahrheiten vermittelt werden. Er betont nochmals, dass es sich um Muttersprachler und keine Dolmetscher handle.

In Beantwortung der Frage von Herrn Chaimite, mit welchen Vereinen der Gemeindedolmetscherdienst zusammen arbeite, bestätigt er, dass der GDM offen für alle Vereine sei und an der Zusammenarbeit mit möglichst vielen Institutionen und Vereinen interessiert sei.

Der Vorsitzende dankt für die Erläuterungen. Weitere Anfragen werden nicht gestellt. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

6 Auswertung BIZ

Herr **Lalonde** informiert zur Mitgliederversammlung des Bundesintegrations- und Zuwanderungsrates (BIZ), welche vom 23. bis 24.03.2012 in Dresden stattfand. Er bezeichnet die Veranstaltung als großen Erfolg, auch die Resonanz der Teilnehmer sei positiv gewesen und man habe sich positiv über den Gastgeber „Dresden“ geäußert.

Die Oberbürgermeisterin habe ein Grußwort gehalten.

Er erwähnt, dass in den letzten zwei Jahren Finanzierungsprobleme für den BIZ gegeben habe, aber nunmehr könne der BIZ seine Arbeit wieder fortsetzen und intensivieren. Er teilt mit, dass er in den Vorstand gewählt worden sei.

Anfragen werden keine gestellt, der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

7 Informationen/Sonstiges

Herr **Lalonde** erwähnt einleitend, dass er gern den Punkt „Sonstiges“ öffentlich beraten wolle und bittet um Abstimmung im Gremium. Mit einem Votum von 9/1/1 wird der Beratung in öffentlicher Sitzung zugestimmt.

Er erinnert an den 15. Juni 2011, wo das Gremium wohl beschlossen haben sollte, dass der Ausländerbeirat generell öffentlich tage. Darüber hinaus teilt er mit, dass er Gespräche mit Herrn Tostmann und Frau Jagdschian zur Thematik geführt habe und dabei habe er erklärt bekommen, dass sich der Beirat an die Hauptsatzung zu halten habe. Dennoch meint er, könne der Beirat bestimmte Punkte öffentlich beraten. Allerdings dürfe das Gremium Anträge der Fraktionen sowie Vorlagen der Verwaltung nur in nicht öffentlicher Sitzung beraten.

Frau **StRin Zimmermann** meint, dass diese Aussagen für sie neu seien.

Frau **StRin Malberg** stellt klar, dass diese Regelung die Gemeindeordnung vorschreibe.

Die Hauptsatzung regle diesen Sachverhalt, meint Herr **Dr. Mamedow** zu wissen und die Hauptsatzung müsse eben entsprechend geändert werden.

Es gäbe auch die Möglichkeit, dass der Ausländerbeirat generell kreativer sei, meint Frau **StRin Friedel**. So könne man zum Beispiel nach einer Sitzung eine Pressemitteilung herausgeben oder vor einer Sitzung eine „öffentliche Stunde“ abhalten.

Herr **StR Dr. Reuther** stellt klar, dass bereits im letzten Sommer und viele Male in den einzelnen Legislaturen zuvor über diese Problematik debattiert worden sei. Die rechtlichen Grundlagen hätten sich aber nicht geändert und sie stünden noch immer, wie sehr oft von ihm dem Beirat erklärt, als Grundlage.

Stetig weiter darüber zu sprechen erachte er als sinnlos. Fest stehe laut Gemeindeordnung, dass die Beiräte generell in nicht öffentlicher Sitzung tagen und zu einzelnen Punkten sei eine öffentliche Debatte möglich, so dies festgelegt werde.

Es wird im Gremium kontrovers zur Problematik der öffentlichen Sitzungen diskutiert. Herr Lalonde vertritt weiter den Standpunkt, dass er in den Besprechungen mit Herrn Tostmann und Frau Jagdschian genau diese Aussagen erhalten habe.

Frau StRin Malberg beantragt Rederecht für die Schriftführerin für Aussagen, wie ihr der Sachverhalt bekannt sei. Das Rederecht wird gewährt.

Die Schriftführerin bestätigt, dass sie bei den Gesprächen bei Herrn Tostmann und Frau Jagdschian nicht dabei gewesen sei.

Die Ursache dafür, dass diese Diskussion überhaupt aufkam, war, dass sich Frau van Kaldenkerken über die letzte Sitzung beschwert habe, dass sie öffentlich, in einer öffentlichen Sitzung, zur Thematik der Ausländerbehörde befragt wurde und dort genötigt war, über Mitarbeiter zu sprechen. Hierzu hat Frau van Kaldenkerken eine Stellungnahme abgegeben. Des Weiteren hat sie mit der Schriftführerin eine Rücksprache geführt und die Schriftführerin musste sich gegenüber Frau Jagdschian zum Sachverhalt äußern. Herr Lalonde ist sehr wohl erklärt worden, dass Themen und Tagesordnungspunkte in der Sitzung öffentlich behandelt werden können, wenn es in der vorangegangenen Sitzung im Beirat beschlossen wurde. Dieser Sache ist er aber nicht nachgekommen und deshalb sind Punkte nicht öffentlich gewesen. Wenn er vorschlägt, Punkte öffentlich zu behandeln und der Beirat stimmt zu, wird es selbstverständlich auch so sein. Sie wüsste auch nicht wo dabei Unstimmigkeiten sind, denn diese Regelung gab es schon immer.

Herr **Lalonde** erklärt, sich zu dieser Thematik nicht weiter äußern zu wollen.

Frau **StRin Zimmermann** beantragt, dass die Aussagen von Frau van Kaldenkerken dem Gremium zur Verfügung gestellt werden.

Weiterführend teilt Herr **Lalonde** mit, dass die Stellungnahme zur Auslastung der Ausländerbehörde vorliege und diese könne den Mitgliedern des Beirates per Mail zur Verfügung gestellt werden.

Zur Thematik des Briefes an die Oberbürgermeisterin bzgl. der Umbenennung einer Straße oder eines Straßenabschnittes nach Marwa el Sherbini wird Herr Hyman in der Sitzung des Beirates im Juni 2012 um einen Sachstandsbericht gebeten.

Frau **StRin Zimmermann** meint, dass das Sächsische Integrationskonzept nicht positiv einzuschätzen sei. Dresden sei mit seinem Integrationskonzept da meilenweit voraus. Der Ausländerbeirat solle eine Stellungnahme vorbereiten.

Herr **Dr. Mamedow** vertritt den Standpunkt, dass nicht nur hochintelligente Menschen nach Deutschland geholt werden dürfen, da entbehre es jeglichem humanitärem Prinzip.

Es stellte sich die Frage, warum es so lange gedauert habe, bis es ein sächsisches Integrationskonzept gibt. Herr **Chaimite** meint, dass der Ausländerbeirat Stellungnahmen solle um seinen Unmut zum Inhalt zu bekunden.

Herr **Lalonde** stellt heraus, dass der Sächsische Migrationsrat an einer Stellungnahme arbeite.

Frau **StRin Friedel** schlägt vor, dass sich der Beirat in seiner nächsten Sitzung mit dem Sächsischen Integrationskonzept befassen solle, dazu müsse es aber allen Mitgliedern vorliegen.

Frau **Contreras** spricht „Guernica“ an und meint, dass der Ausländerbeirat zur Beschlussvorlage Stellungnahmen möge.

Hierzu wird klar gestellt, dass keine Vorlage im Beirat zur Diskussion vorliege und dass die Oberbürgermeisterin im Ältestenrat zunächst die Problematik der Straßenumbenennung debattieren werde.

Nach kurzer Diskussion einigt sich das Gremium für seine Sitzung am 12.06.2012 auf folgende Tagesordnung:

Öffentlich

- | | |
|-------|---|
| TOP 1 | Vorstellung der Dt.-Bulgarischen Gesellschaft e. V.
(14/0/0) |
| TOP 2 | Ausländische Studierende in Dresden
(11/0/3) |
| TOP 3 | Sächsisches Integrations- und Zuwanderungskonzept
(11/3/0) |

Nicht öffentlich

TOP 4 Unbegleitete minderjährige Jugendliche

TOP 5 Umbenennung einer Straße - „Guernica“

Top 6 Sonstiges und Informationen

Weitere Themen werden nicht angesprochen, der Vorsitzende schließt die Sitzung des Ausländerbeirates um 20:25 Uhr.

16.05.2012

Marc Lalonde
Vorsitzender

Ines Richter
Schriftführerin

Malberg
Stadträtin

Schöps
Stadträtin